



Fragen an die Freisinger Landtagskandidat:innen 2023 (Erststimmen)

1.) Was assoziieren Sie mit Tibet?

Johannes Becher, Die Grünen

Viele Erinnerung an eine der eindrucksvollsten Reisen, die ich je gemacht habe. Das Dach der Welt, eine tief verwurzelte Kultur und einige ganz besondere Menschen, die ich dort kennen lernen durfte. Gleichzeitig die überall spürbare chinesische Herrschaft, die totale Kontrolle und ein Leben unter extremen Bedingungen.

Benno Zierer, Freie Wähler

Mit Tibet verbinde ich zunächst das Himalaya-Gebirge, das „Dach der Welt“, das ich leider nur aus Fernsichtbildern kenne: Eine großartige Landschaft mit ungezähmter Natur. Ich denke aber auch an die Unterdrückung des tibetischen Volkes durch China, die gewaltsame Niederschlagung von Protesten im Kampf um Selbstbestimmung. Und natürlich assoziiere ich mit Tibet die Person des Dalai Lama, einer beeindruckenden und charismatischen Persönlichkeit.

Dr. Guido Hoyer, Die Linke

Klöster, Yaks und Berge

Felix Bergauer, ÖDP

Ein wunderschönes, fast schon mystisches Land mit einer sehr alten und auf Gewalt verzichtenden Kultur

2.) Hat sich nach Ihrer Einschätzung die Lage der Menschenrechte in Tibet in den letzten 5 Jahren verbessert oder verschlechtert (oder ist sie gleichgeblieben)?

Johannes Becher, Die Grünen

Ich bin besorgt über die sich zunehmend verschlechternde Menschenrechtslage in Tibet. Die chinesische Assimilationspolitik ist gegen die tibetische Sprache, Kultur und Religion gerichtet und chinesische Behörden verletzen systematisch Menschenrechte durch Umerziehungskampagnen, willkürliche Internierungen und ein umfassendes Programm der Zwangsansiedlung. Als Bündnis 90/Die Grünen verlangen wir von China ein Ende seiner eklatanten Menschenrechtsverletzungen und unterstützen ausdrücklich die Forderung nach einem Ende von Zwangsinternaten für tibetische Kinder und von Zwangsansiedlungen der tibetischen Nomaden.

Benno Zierer, Freie Wähler

Internationalen Berichten zu Folge hat sich die Menschenrechtssituation in Tibet in den vergangenen Jahren eher verschlechtert, unter anderem durch die rigorose Durchsetzung der Null-Covid-Politik durch China.

**Dr. Guido Hoyer, Die Linke**

Sie ist unverändert schlecht. Amnesty International, Report China 2023: „Die systematische Unterdrückung ethnischer Minderheiten in [...] Tibet wurde unter dem Deckmantel des "Vorgehens gegen Separatismus und Extremismus" und der "Bekämpfung des Terrorismus" fortgesetzt. [...] Angehörige der tibetischen Volksgruppe wurden weiterhin diskriminiert und in ihren Rechten auf Religions- und Glaubensfreiheit, Meinungs- und Vereinigungsfreiheit sowie friedliche Versammlung beschnitten.“

Felix Bergauer, ÖDP

Das ist von hier aus aufgrund der eingeschränkten Medienberichterstattung natürlich nur schwer zu beurteilen. Aber was wir von der Besatzungsmacht China so mitbekommen, ist eher beunruhigend!

3.) Unterstützen Sie bei der nächsten Überprüfung Chinas im UN-Menschenrechtsrat (UPR China) eine Verurteilung Chinas bzgl. mangelhafter Einhaltung seiner Menschenrechtsverpflichtungen in Tibet und anderswo?**Johannes Becher, Die Grünen**

Vor dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen hat Deutschland im März in einem gemeinsamen Statement der Europäischen Union ausdrücklich auch auf die Lage in Tibet hingewiesen und das chinesische Vorgehen verurteilt. Selbstverständlich muss Deutschland sich in den Beziehungen zu China weiter für die Einhaltung der Menschenrechte einsetzen. Die EU hat 2020 die Möglichkeit von globalen Menschenrechtssanktionen eingeführt. Als Grüne unterstützen wir deren Anwendung bei schweren Menschenrechtsverletzungen auch in China.

Benno Zierer, Freie Wähler

Bei der jüngsten Sitzung des Menschenrechtsrats haben mehrere Länder, darunter Deutschland, ihre Besorgnis über die Menschenrechtslage in Tibet zum Ausdruck gebracht. Leider sind die Einwirkungsmöglichkeiten und die Außenwirkung des Menschenrechtsrates begrenzt. Die Verurteilung durch mehrere Staaten im Zuge der Überprüfung 2018 hat meiner Ansicht nach kaum einen Effekt erzielt.

Dr. Guido Hoyer, Die Linke

Die Gründung der UNO war die Antwort auf Faschismus, Weltkrieg und Shoa. Eine gerechte, friedliche Weltordnung kann es nur auf Grundlage der Menschenrechte und des Völkerrechts geben. Deshalb muss die UNO Menschen- und Völkerrechtsverletzungen überall in der Welt anprangern, in China ebenso wie in anderen Ländern, z. B. Türkei, Saudi-Arabien.

Felix Bergauer, ÖDP

Ja, das würden wir unterstützen und vertrauen dabei auch voll auf die objektive Arbeit der UN.



4.) Würden Sie das Hissen der tibetischen Flagge an einem Fahnenmast am Freisinger Marienplatz sowie beim Landratsamt am 10. März zur Solidarität und zur Erinnerung an den Widerstand des tibetischen Volkes (gemeinsam mit hunderten anderen bayerischen und deutschen Gemeinden) unterstützen?

Johannes Becher, Die Grünen

Ich begrüße das, wenn Kommunen Zeichen setzen für Vielfalt, Toleranz und Menschenrechte. Das ist Ausdruck unserer demokratischen Grundhaltung im Einklang mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen. Die Entscheidung zum Hissen der tibetischen Flagge liegt in der Kompetenz der jeweiligen Kommune.

Benno Zierer, Freie Wähler

Ich unterstütze diese symbolische Geste als Zeichen der Solidarität mit dem gewaltlosen Widerstand der Tibeter.

Dr. Guido Hoyer, Die Linke

Ja.

Felix Bergauer, ÖDP

Das wäre gewiss ein Zeichen der Solidarität, aber nur gerechtfertigt, wenn mit anderen unterdrückten Völkern ebenso verfahren würde. Ich denke z.B. an die Kurden, die Rohingya, die Palästinenser im besetzten Westjordanland oder – wenn man den Kreis noch weiter ziehen wollte – die Armenier in Berg-Karabach sowie indigene Völker in Südamerika, die Afghanen, die Iraner usw. Insofern sehe ich praktische Probleme bei der Umsetzung: Wo zieht man die Grenze? Kommen dann auch die Katalanen, die Basken, die Iren in Nordirland? Wäre man auch bereit, Solidarität mit den Kurden zu demonstrieren, auch wenn man damit der „befreundeten“ Türkei auf den Schlips tritt?

5.) Würden Sie den Empfang des Dalai Lama oder gewählter Vertreter der Exilregierung Tibets in einem ehrenhaften, offiziellen Rahmen im Landkreis Freising, im Landtag oder durch die Bayerische Staatsregierung unterstützen?

Johannes Becher, Die Grünen

Ja.

Benno Zierer, Freie Wähler

Selbstverständlich.

Dr. Guido Hoyer, Die Linke

Ja.

Felix Bergauer, ÖDP

Ja, natürlich, vollumfänglich. Das wäre eine große Ehre! Aber auch hier gilt das zu Frage 4 bereits Gesagte: Würde man auch mit den Führungspersonlichkeiten bzw. Symbolgestalten anderer unterdrückter Völker auch so verfahren?



6.) Was schlagen Sie vor, um die Dimension der Menschenrechtsverletzungen in der Partnerstadt Weifang, speziell in den beiden dortigen Arbeitslagern (Laogais) aufzuklären?

Johannes Becher, Die Grünen

Wir unterstützen die Arbeit des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen, dessen Aufgabe es ist, die Lage der Menschenrechte weltweit zu beobachten und mit Resolutionen oder Sonderberichterstattungen auf länder- und themenspezifische Menschenrechtsproblematiken aufmerksam zu machen. Besonders das Allgemeine Periodische Überprüfungsverfahren, das alle Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen regelmäßig durchlaufen, ist ein Verfahren um die Dimension von Menschenrechtsverletzungen in Tibet weiter aufzuklären.

Benno Zierer, Freie Wähler

Ich denke, dass wir als Partnerregion Freising kaum eine Möglichkeit hätten, die Geschehnisse in den Lagern umfassend und unabhängig aufarbeiten zu lassen. Fest steht aber, dass international diese Straflager, in denen die Inhaftierten Zwangsarbeit und Folter über sich ergehen lassen müssen, immer wieder angeprangert werden müssen. Vor allem sollten die demokratischen Wirtschaftspartner Chinas mehr darauf achten, dass keine Importgüter eingeführt werden, die mit Hilfe von Zwangsarbeit hergestellt wurden.

Dr. Guido Hoyer, Die Linke

Bei Weiterbestehen der Partnerschaft: Ein Dialog mit Menschenrechtsgruppen (Amnesty, Tibet-Initiative) ist bei Besuchen der chinesischen Delegation hier und der deutschen in Weifang immer mit einzubeziehen. Bei Verweigerung des Dialogs ist die Delegation abzusagen.

Felix Bergauer, ÖDP

Die Partnerschaft des Landkreises Freising mit der chinesischen Verwaltungszone Weifang ist im Kontext der Partnerschaft des Freistaates Bayern mit der Provinz Shandong zu sehen. Diese wurde in den 1980er Jahren im Prozess der Öffnungspolitik Chinas etabliert und v.a. in den 1990er Jahren gepflegt. Der vorerst letzte Besuch einer chinesischen Delegation war 2010 und umgekehrt 2012 der Besuch einer Jugendfußballmannschaft auf Freising in Weifang.

(<https://www.kreis-freising.de/landkreis-freising/ueber-den-landkreis/landkreispartnerschaft-mit-weifang-china.html>)

Die Hintergründe, warum die Partnerschaft nicht weiter gepflegt wurde und wird, sind mir nicht bekannt, dürften aber mit der veränderten Ausrichtung der chinesischen Außenpolitik zusammenhängen. Insofern sehe ich Einflussmöglichkeiten auf die chinesische Menschenrechtspolitik – sofern es solche überhaupt gibt – eher bei der Außen- und Außenwirtschaftspolitik der Bundesregierung als bei der bayerischen Landespolitik oder gar dem Landkreis Freising. Dennoch sollte sich auch die bayerische Staatsregierung bei ihrer Pflege internationaler Beziehungen generell und konsequent werteorientiert (statt interessenorientiert) positionieren.



7.) Unterstützen Sie die Forderung u.a. der Regionalgruppe Freising der Tibet-initiative Deutschland, die Partnerschaft des Landkreises Freising mit der chinesischen Partner-Stadt Weifang auf den Prüfstand zu stellen? Wie kann die Geschichte der bayerischen Städtepartnerschaften mit chinesischen Gemeinden aufgearbeitet werden und eine gemeinsame Linie der bayerischen Gemeinden z.B. in der Menschenrechtsfrage gefunden werden?

Johannes Becher, Die Grünen

Im Moment sind mir ohnehin nicht viele Aktivitäten im Rahmen der Partnerschaft bekannt. Der Sinn einer Städte- oder Landkreispartnerschaft ist der grenzüberschreitende Austausch und der Dialog – über die Gemeinsamkeiten und auch die deutlichen Unterschiede. Gerade in den aktuell schwierigen Zeiten wäre es wichtig noch mehr miteinander zu sprechen. Um eine gemeinsame Linie der bayerischen Gemeinden mit Blick auf Menschenrechtsfragen in Partnerstädten zu entwickeln, wären die kommunalen Spitzenverbände (Bayerischer Städte-, Gemeinde-, Landkreistag) wohl das richtige Gremium, um hierzu einen Diskurs zu ermöglichen.

Benno Zierer, Freie Wähler

Städte- oder Regionalpartnerschaften bieten auch die Möglichkeit, auf die problematische Menschenrechtssituation hinzuweisen – auch wenn das in erster Linie Aufgabe der Bundes- und auch Landespolitik ist und nicht die der Kommunen im Rahmen von Partnerschaften. Aber natürlich darf man dort solche Themen nicht aussparen. Die Entscheidung, Partnerschaften aufrecht zu erhalten, sollte den jeweiligen Kommunen überlassen sein, die sich der problematischen Aspekte durchaus bewusst sind.

Dr. Guido Hoyer, Die Linke

Nein. Da gibt es nichts zu prüfen. Ich bin von je her dafür, die Partnerschaft – auch aus anderen Gründen (nur Wirtschaft + Funktionäre, keine echte Bürgerbeteiligung) - zu beenden.

Felix Bergauer, ÖDP

Sie sprechen eine sehr schwierige Gradwanderung an, zwischen „den Finger in die Wunde legen“ und „Dialog aufrecht erhalten“. Obwohl wir davon ausgehen müssen, dass ein Großteil der Chinesen eher keine Probleme mit der völkerrechtswidrigen Besetzung Tibets hat, ja dieses sogar gut findet, sind wir uns nicht sicher, ob ein Abbrechen der Landkreis-Partnerschaft – also ein Paukenschlag mit dem diplomatischen Vorschlaghammer – jetzt wirklich das richtige Signal wäre.

8.) Sind Sie der Ansicht, dass Verkauf und Beteiligungen durch chinesische Staatsunternehmen an strategisch wichtigen bayerischen Firmen eingeschränkt werden sollten? Wie kann der Abfluss bayerischen Know-Hows nach China zukünftig wirksam verhindert werden?

Johannes Becher, Die Grünen

China ist für Deutschland gleichzeitig Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale. Mit den daraus resultierenden vielfältigen Herausforderungen muss ein angemessener Umgang gefunden

werden. Unter grüner Regierungsbeteiligung auf Bundesebene wurde die Beteiligung von oder der Verkauf an chinesische Staatsunternehmen kritischer überprüft. Teilweise wurden bereits Investitionen in kritische Infrastruktur oder Unternehmen mit strategischer Bedeutung untersagt bzw. begrenzt. Wir unterstützen ein solches Vorgehen auch auf Landesebene.

Wir unterstützen zudem den Plan des grün geführten Wirtschaftsministeriums, die Außenwirtschaftspolitik in Zukunft stärker am Ziel der Wirtschaftssicherheit auszurichten und Richtlinien für die Prüfung ausländischer Investitionen in Deutschland in einem einzigen Gesetz zu bündeln und das Investitionsprüfrecht zu verschärfen. In diesem neuen Gesetz soll auch der Erwerb von Rechten an geistigem Eigentum oder der Zugriff auf deutsche Technologien durch Lizenzen von einer Prüfung erfasst werden. Kritische Forschungs Kooperationen sollen geprüft werden können, damit kritisches Wissen v.a. im zivil-militärischen Bereich nicht in Länder abwandert, die dieses Wissen missbrauchen. Es ist auch eine Überarbeitung der Branchen geplant, die als besonders sicherheitsrelevant eingestuft werden, neben kritischer Infrastruktur muss dazu auch kritische Technologie gehören.

Benno Zierer, Freie Wähler

Ich und die Fraktion der Freien Wähler sehen die Abwanderung von Spitzentechnologie generell sehr kritisch. Die Corona-Krise und deren Nachwirkungen auf internationale Lieferketten haben uns vor Augen geführt, wie problematisch es ist, wenn wichtige Produkte ausschließlich in China erhältlich sind und China seine Marktmacht voll ausspielen kann. Wir setzen uns dafür ein, Schlüsseltechnologien wieder verstärkt nach Bayern zu holen und Voraussetzungen zu schaffen, dass systemrelevante Produkte wie Medikamente wieder in Deutschland und Europa produziert werden.

Dr. Guido Hoyer, Die Linke

Bei Betrieben, die sich öffentlichem Eigentum befinden, gilt: Kein Verkauf öffentlichen Eigentums, egal an wen. Grundsätzlich gilt für mich Art 151 Bayerische Verfassung: „Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung aller Volksschichten.“ Eine Wirtschaft, die chinesischen (oder anderen) Staatsinteressen oder einseitig den Profitinteressen großer Konzerne dient widerspricht diesem Verfassungsziel. Die Bekämpfung von Wirtschaftsspionage obliegt dem Bayerischen Inlandsgeheimdienst („Verfassungsschutz“).

Felix Bergauer, ÖDP

Ja, das sehen wir differenziert kritisch. Natürlich muss in einer globalisierten Welt die Übernahme von Firmen – auch über die Staatsgrenzen hinweg – möglich sein. Aber es muss dafür auch Grenzen geben: China betreibt – in unserer Wahrnehmung – auf mehreren Kanälen eine massive, ideologisch getriebene Expansionspolitik, und da gilt es wachsam zu sein. Damit meine ich, dass die Übernahme von ausländischen Firmen mit Schlüsseltechnologie nicht in erster Linie dem eigentlichen Zweck des „Shareholder Value“, also dem unmittelbaren Geldverdienen dient, sondern ganz anderen, strategischen Absichten: Nämlich technologisch, wirtschaftlich und militärisch ganz an die Weltspitze aufzusteigen – und das, wie wir wissen – oftmals mit wenig Rücksichtnahme auf die Interessen anderer.

Kurzum – wir sind dafür, dass die deutsche Bundesregierung ein wachsames Auge auf jede ausländische Übernahme hat und vor Genehmigung genau prüft, ob strategische nationale Interessen davon betroffen sein könnten.



Das wären im Detail: Abfluss von Schlüssel-Technologie, also Know-How und Arbeitsplätzen; Einflussnahme auf die Sicherheitsbelange unserer Nation – dazu gehört nicht nur der militärische Bereich, sondern auch Fragen der Versorgungssicherheit und der Medizintechnik, u.v.m...

9.) Inwiefern werden Sie sich dafür einsetzen, dass bei Einladungen chinesischer Offizieller in bayerischen Institutionen zukünftig auch Menschenrechte angesprochen werden?

Johannes Becher, Die Grünen

Wir Grüne im Bayerischen Landtag haben bereits in der Vergangenheit immer wieder Menschenrechtsthematiken in Bezug auf China in unserer parlamentarischen Arbeit thematisiert und werden dies auch in Zukunft tun. Diese Arbeit findet ihre Grenzen im Prinzip der Gewaltenteilung, welches der Einflussnahme auf Handlungen der Staatsregierung Grenzen setzt. Insofern im Rahmen des Landtags Offizielle der VR China empfangen werden sollten, werden wir als Grüne Landtagsfraktion für eine angemessene Adressierung von Menschenrechtsfragen und der Situation in Tibet Sorge tragen.

Benno Zierer, Freie Wähler

Ich denke dass das durchaus passiert, wenn der jeweilige Anlass es zulässt. Ich persönlich war noch bei keinem offiziellen Anlass mit Vertretern Chinas zugegen.

Dr. Guido Hoyer, Die Linke

Selbstverständlich ja.

Felix Bergauer, ÖDP

Einfach nur Menschenrechte anzusprechen, um anschließend ungeniert Geschäfte machen zu können, hat sehr stark den Geschmack eines Alibi-Verhaltens. Wirksam wäre allenfalls, den Abschluss von Geschäften an die Einhaltung von grundlegenden Menschenrechten zu binden. Dazu muss man aber bereit sein, ggf. auf entsprechende Geschäfte zu verzichten und wichtige Rohstoffe und Produkte anderswo teurer einzukaufen. Meiner Meinung nach ist dies die notwendige und die einzige nachhaltige Strategie, um verlässliche und vertrauensvolle internationale Beziehungen langfristig zu etablieren.

10.) Welche Vorschläge haben Sie, um das Thema Tibet noch besser im bayerischen Landtag und im Landkreis Freising einbringen zu können?

Johannes Becher, Die Grünen

Federführend liegt die Kompetenz für diese Thematik auf der Bundesebene und ist dort aus meiner Sicht auch richtig verortet.

Benno Zierer, Freie Wähler

Die Einwirkungsmöglichkeiten gerade von Kommunen, aber auch des bayerischen Landtags,



Verbesserungen der Menschenrechtssituation in anderen Ländern zu erwirken, sind naturgemäß begrenzt. Meiner Erfahrung nach leistet die Tibet-Initiative gute Arbeit, um das Thema im Bewusstsein der politischen Akteure auf allen Ebenen zu verankern.

Dr. Guido Hoyer, Die Linke

Ich bin für alle Anregungen der Tibet-Initiative offen.

Felix Bergauer, ÖDP

Das Thema, z.B. über Informationsveranstaltungen stärker auf die Tagesordnung zu nehmen. So sehe ich z.B. den Landkreis im Rahmen seiner China-Initiative schon auch in der Pflicht, seine partnerschaftlichen Verbindungen zu Weifang dazu zu nutzen, auf die aus unserer Sicht gegebene Tibet-Problematik hinzuweisen.

Freising, 15.9.2023

Von den Erststimmen-Kandidat:innen der CSU, SPD und FDP lagen trotz Erinnerungsschreiben bis zum 15.9. keine Antworten vor. Das ist eine neue, bislang einmalige Verweigerungshaltung in der Geschichte der tibetischen Wahlprüfsteine in Freising.

Die AfD Bayern steht als verfassungsfeindliche Partei unter Beobachtung des Verfassungsschutzes. Im übrigen waren die Antworten der Parteivertreter auf die Wahlprüfsteine zur letzten Bundestagswahl so unseriös, dass wir gerne darauf verzichten, der Partei noch mehr Gelegenheit für Falschbehauptungen und der Verbreitung von Verschwörungstheorien zu geben.

Der Erststimmenkandidat der Partei „Die Partei“ hat uns die folgende Antwort zukommen lassen:

„Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Nachricht und die Möglichkeit, Fragen zu Tibet zu beantworten. Ich schätze Ihr Engagement für eine transparente Wählerentscheidung sehr.

*Nach sorgfältiger Überlegung und Selbstreflexion muss ich jedoch bedauerlicherweise mitteilen, dass ich mich nicht ausreichend in der Thematik rund um Tibet auskenne, um qualifizierte und fundierte Antworten zu liefern. Als verantwortungsbewusster Kandidat ist es mir wichtig, keine unzureichenden oder oberflächlichen Informationen zu verbreiten, die die Wähler*innen in die Irre führen könnten. Ich respektiere Ihre Bemühungen für eine bessere Wähleraufklärung und stehe Ihnen gerne für Fragen zu anderen Themen zur Verfügung, bei denen ich über ein fundierteres Wissen verfüge.*

Mit freundlichen Grüßen

Niklas Welser“

Wir freuen uns schon jetzt Herrn Welser (wie alle anderen Kandidat:innen und Bürger:innen Freising) bei den nächsten Freisinger Tibet-Tagen zur Nachschulung begrüßen zu dürfen.